

Ost-Kongo gründlich verändert

Die Kapitulation der „M23“-Rebellen eröffnet dem Land neue Chancen

Thomas Scheen | **Ausnahmsweise zogen alle maßgeblichen Akteure an einem Strang: Tansania und Südafrika kooperierten, um Ruanda und die von ihm gesteuerte „M23“ in die Schranken zu weisen; ein Anruf von US-Außenminister John Kerry in Kigali tat sein Übriges. Nach wie vor aber benutzt Ruanda Rebellengruppen, um seinen Einfluss geltend zu machen.**

Zwei Jahre hatte Joseph Kabila den wilden Osten seines Landes nicht mehr besucht. Das hatte weniger mit der prekären Sicherheitslage zu tun als vielmehr damit, dass der Staatschef aus dem fernen Kinshasa den Menschen im Osten nichts zu bieten hatte, weder Frieden noch Fortschritt.

Das hat sich seit dem Sieg der kongolesischen Armee gegen die von Ruanda unterstützten Rebellen des „M23“ vor rund einem Monat gründlich geändert. Als sich Kabila in der ersten Dezemberwoche 2013 endlich in den Osten aufmachte, war dies folglich eine Reise voller Symbolik. 1000 Kilometer weit fuhr Kabila höchstselbst mit dem Auto von Kisangani über Bunia und Rutshuru bis nach Goma am Kivu-See – quer durch ein Gebiet, das bis vor wenigen Wochen noch Schauplatz eines blutigen Krieges war.

Der kongolesische Staatschef wollte vor allem demonstrieren, dass Kivu nunmehr sicher sei und dass die Au-

torität des kongolesischen Staates „wiederhergestellt“ sei, wie er in Bunia kundtat. In Goma, der Stadt, die vor einem Jahr buchstäblich unter die Räuber gefallen war, hielt die kongolesische Regierung gar eine Kabinettsitzung ab – in Sichtweite zur ruandischen Grenze. Das hatte es zuletzt vor 25 Jahren gegeben.

Eloquent und autoritär

Die militärische Niederlage des „M23“ Anfang November hat die politischen Gewichtungungen in der Region der Großen Seen drastisch zugunsten des Kongos verschoben. In der Vergangenheit waren die ruandischen Störversuche im Osten Kongos international schon deshalb mehr oder weniger hingenommen worden, weil Ruanda so grundsätzlich anders ist als der chaotische Kongo: organisiert und effizient.

Ruanda war strategischer Partner der USA, und die Geschwindigkeit, mit der Präsident Paul Kagame das

von einem Völkermord heimgesuchte Land in eine funktionierende Nation umgebaut hatte, ließ über seinen autoritären Stil hinwegsehen.

Der eloquente Kagame war überall auf der Welt ein geschätzter Gesprächspartner, während man bei Kabila schon froh sein durfte, wenn er drei Sätze am Stück formulierte.

Alte Truppe mit neuem Namen – und dem „Terminator“ an der Spitze

Zudem hat es Ruanda immer glänzend verstanden, jede Kritik des Auslands an seinen fortgesetzten Interventionen im Kongo mit dem Hinweis auf die unterlassene Hilfeleistung während des Völkermords 1994 zu parieren.

Bis zu fünf Millionen Tote

Im Kongo aber sieht man dies ganz anders: Dem Völkermord in Ruanda fielen zwischen 800 000 und einer Million Menschen zum Opfer, aber zwischen vier und fünf Millionen Kongolesen wurden in zwei ruandischen Angriffskriegen im Gefolge des Völkermords sowie der seit 1996 andauernden Unterstützung Kigalis für Rebellen Gruppen im Osten Kongos getötet. Angefangen bei der „Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo-Zaïre“ (AFDLC), mit der Laurent-Désiré Kabila den Diktator Mobutu Sese Seko stürzte, weiter über das aus Goma stammende „Rassemblement Congolais pour la Démocratie“ (RCD), mit dessen Hilfe Ruanda den alten Kabila wieder loswerden wollte, dann der „Congress National pour la Défense du Peuple“ (CNDP) des desertierten kongolesischen Generals Laurent Nkunda bis hin zum „M23“, dessen Namen („Mouvement de 23-Mars“) sich vom

Datum eines Friedensvertrags zwischen der Armee und Rebellen des CNDP herleitete, dem 23. März 2009.

Der „M23“ war nichts anderes als die alte Nkunda-Truppe unter neuem Namen und mit einem Anführer, der sich „Terminator“ nannte und vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag seit Jahren wegen des Verdachts auf Verbrechen gegen die Menschheit gesucht wird.

Als der „M23“ im April 2012 seine Rebellion begann, folgten natürlich die üblichen Appelle der internationalen Gemeinschaft an „Friedensbemühungen und Dialogbereitschaft“ auf dem Fuß, was nur die eigene Ratlosigkeit offenbarte.

Gleichzeitig ging ausgerechnet die bis dahin viel gescholtene UN-Mission für Kongo, MONUSCO, in die Offensive und beschuldigte Ruanda explizit der militärischen Unterstützung der Rebellen. So deutlich hatten die Vereinten Nationen das in all den Jahren noch nie formuliert, und damals – im Sommer 2012 – deutete sich schon an, dass Ruanda, das seit Jahren auf dem Umweg über die Rebellen Gruppen seine politischen und wirtschaftlichen Interessen im Nachbarland durchzusetzen versucht, damit dieses Mal nicht durchkommen würde.

Umschwung in Goma

Die Wende kam im November 2012, als der „M23“ die Provinzhauptstadt Goma angriff und eroberte, während die Blauhelmsoldaten untätig zusahen. Die USA kündigten ihre Militärkooperation mit Ruanda auf. Deutschland, Großbritannien und die Niederlande froren die Zahlung von Entwicklungshilfe ein.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Der UN-Sicherheitsrat beschloss nach dem Debakel von Goma die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe mit dem Auftrag, die Rebellen aktiv zu bekämpfen. Tansania und Südafrika erklärten sich bereit, für diese Eingreiftruppe von insgesamt 3000 Mann Soldaten zu stellen, was schon deshalb bemerkenswert ist, weil beide Länder traditionell enge Verbindungen zu Ruanda unterhielten.

Doch Kagame hatte es sich zu dem Zeitpunkt nicht nur mit der internationalen Gemeinschaft verscherzt. Er lag auch längst mit seinen afrikanischen Amtskollegen über Kreuz. Tansania ist es leid, als Sammelbecken für kongolesische Flüchtlinge herzuhalten, die immer dann in Heeresstärke über die Grenzen drängen, wenn im Ost-Kongo wieder einmal der Krieg ausgebrochen ist.

Ende der Geduld

Als der tansanische Präsident Jakaya Kikwete seinen ruandischen Amts-

kollegen Kagame zu Mäßigung im Kongo aufforderte und ihm den Vorschlag unterbreitete, Verhandlungen mit den Resten der für den Völkermord verantwortlichen Interahamwe-Milizen aufzunehmen, die sich im Kongo aufhalten, drohte Kagame dem Tansanier mit Krieg. Damit mag Kagame im Umgang mit dem Nachbarland Burundi vielleicht durchkommen, nicht aber bei Tansania, das sich anschickt, Kenia die Führungsrolle in Ostafrika streitig zu machen. Auch in Südafrika verlor man die Geduld mit Paul Kagame. In den vergangenen beiden Jahren hat es ein halbes Dutzend Mordanschläge auf ruandische Dissidenten in Südafrika gegeben, und jedes Mal steckte der ruandische Geheimdienst dahinter. Pretoria hatte die ruandische Führung mehrfach und eindringlich davor gewarnt, dieses Treiben einzustellen, nur um kurz darauf den nächsten schwerverletzten Ruander irgendwo in Johannesburg am Straßenrand zu finden.

Die Beteiligung an der Schnellen Eingreiftruppe der UN im Kongo bot beiden Ländern Gelegenheit, eine aus ihrer Sicht außer Kontrolle geratene ruandische Führung in die Schranken zu weisen. Dass es ausgerechnet afrikanische Truppen waren, die das angekratzte Image der UN-Mission im Kongo wieder aufpolierten, ist eine Ironie am Rande.

Seltene Eintracht

Ausnahmsweise zogen alle maßgeblichen Akteure an einem Strang. Auf dem Höhepunkt der Gefechte mit dem „M23“ rief der amerikanische Außenminister, John Kerry, Präsident Kagame an und drohte diesem offenbar mit weitreichenden Konsequenzen, sollte die ruandische Armee den bedrängten Rebellen erneut beispringen. Kigali kappte prompt die Verbindungen zum „M23“.

Natürlich geht es bei der neuen Einigkeit in Sachen des Kongo auch um wirtschaftliche Interessen. Der Kongo ist das potenziell reichste Land des Kontinents und trotzdem Afrikas

Natürlich geht es auch um wirtschaftliche Interessen

krankster Mann. Südafrika als klassische Bergbaunation beispielsweise hat ein großes Interesse an der Förderung und Vermarktung kongolesischer Rohstoffe. Zudem will der staatliche südafrikanische Energiekonzern Eskom das zweitgrößte Wasserkraftwerk der Erde am Unterlauf des Kongos instand setzen und eine garantierte Menge von 2300 Megawatt über 3000 Kilometer bis ans Kap transportieren. Die Baukosten für „Grand Inga“ werden auf insgesamt neun Milliarden Dollar geschätzt.

Geld für Straßen statt für Krieg

Die Bereitstellung der dazugehörigen Infrastruktur aber, und seien es nur neue Straßen, obliegt der kongolesischen Regierung, die dieser Verantwortung unter anderem schon deshalb nicht nachkommt, weil sie regelmäßig immer wieder Millionen Dollar für Kriegaanstrengungen im Osten ausgeben muss. Nun soll sich der Kongo endlich dem kontinentalen Wirtschaftsaufschwung anschließen. Voraussetzung dafür aber ist Frieden.

Mit der Niederlage des „M23“ verliert Ruanda zum ersten Mal seit dem Völkermord von 1994 und den anschließenden Kriegen im Kongo eine eigene militärische Kraft im Ost-Kongo. Für die Regierung in Kinshasa ist das ein Riesenerfolg, und ihre Weigerung, einen Friedensvertrag mit der nach Uganda geflüchteten „M23“-Führung zu schließen, ist nicht der Arroganz des Siegers geschuldet, sondern der schlichten Tatsache, dass der „M23“ keine politische Bewegung ist, die Rückhalt in Teilen der Bevölkerung hätte. Selbst innerhalb der nur 60 000 Menschen zählenden kongolesischen Tutsi-Gemeinschaft, aus der sich der „M23“ rekrutierte, überwiegen inzwischen das Misstrauen gegenüber Kigali und der Wunsch, keine weiteren Konfrontationen mit Kinshasa zu suchen.

Dennoch steht der Sieg der kongolesischen Regierung auf tönernen Füßen. Nach wie vor sind in den beiden Kivu-Provinzen rund 40 bewaffnete Gruppen aktiv. Die mit Abstand gefährlichste nennt sich „Front Démocratique pour la Libération du Rwanda“ (FDLR) – jene Nachfolgegruppe der ruandischen Völkermörder, die sich seit ihrer Vertreibung aus

Ruanda in den beiden Provinzen Nord- und Süd-Kivu niedergelassen hat. Die Vereinten Nationen schätzen die Truppenstärke dieser Rebellen auf rund 1500 Mann. Ruanda betrachtet die Präsenz dieser Gruppe an seiner Grenze als permanente Bedrohung und benutzt sie gleichzeitig, um auf dem Umweg über diverse Rebellen- und Kämpfergruppen seinen wirtschaftlichen Einfluss im Ost-Kongo geltend zu machen.

Sowohl der „M23“ als auch dessen Vorgängerorganisation CNDP gaben vor, gegen die FDLR vorgehen zu wollen, weil die kongolesische Regierung der Gruppe angeblich mit Nonchalance begegnet. Die FDLR, deren politische Köpfe Ignace Murwanashyaka und Straton Musoni sich seit zwei Jahren in Deutschland wegen des Verdachts auf Kriegsverbrechen vor Gericht verantworten müssen, ist längst zu einer bloßen Chiffre geworden, mit der sich alles begründen und rechtfertigen lässt. Der kongolesische Präsident, Joseph Kabila, hatte unmit-

telbar nach dem Sieg über den „M23“ versprochen, nunmehr mit der gleichen Entschlossenheit gegen die FDLR vorzugehen.

Das hat er allerdings schon häufiger angekündigt, ebenso wie sein Vater und Vorgänger als Präsident, Laurent-Désiré Kabila. Dabei steht und fällt ein Ausgleich zwischen Ruanda und Kongo mit der Ausschaltung der FDLR. Bleibt es auf kongolesischer Seite wieder nur bei Absichtserklärungen, ist es wohl eine Frage der Zeit, bis Ruanda die nächsten Handlanger im Osten findet.

Die politischen Köpfe der FDLR-Rebellen stehen in Deutschland vor Gericht



Thomas Scheen ist Afrika-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* mit Sitz in Johannesburg.